

Grüne Industriepolitik Offensive für zukunftsfähige Innovationen.

Beschluss Fraktionsklausur, 1. September 2011

Deutschland ist ein erfolgreiches Industrieland. Die deutsche Industrie ist international extrem wettbewerbsfähig, weil sie über einen breiten Produktionsmix, eine große Fertigungstiefe, technologische Vorsprünge, und eine gute Mischung aus flexiblen Kleinunternehmen, einem dynamischen und starken Mittelstand sowie global operierenden Konzernen verfügt. Die deutsche Industrie sichert vielen Menschen ihre Arbeitsplätze. Sie leistet mit ihren Steuerzahlungen und Sozialbeiträgen einen wichtigen Beitrag zur Festigung der sozialen Marktwirtschaft. Die industrielle Wertschöpfung hat Deutschland die von der Finanzkrise 2008 ausgelöste Wirtschaftskrise schneller überwinden lassen als viele andere Volkswirtschaften.

Grüne Politik will diesen Erfolg sichern, der durch Nichtstun gefährdet ist. Denn das traditionelle Industriemodell mit seinem gigantischen Energie- und Rohstoffhunger, seinen immensen Emissionen und einer Ausrichtung auf die Massenfertigung standardisierter Produkte ist nicht zukunftsfähig. Wir stehen vor der Aufgabe, jetzt konsequent die Transformation zu einer emissionsarmen und ressourcensparenden Wirtschaftsweise zu organisieren. Nur so können die Folgen des Klimawandels begrenzt werden. Und nur so kann Deutschland als Industrieland auch künftig im globalen Wettbewerb erfolgreich sein. Der Erfolg des Industriestandortes Deutschland hängt zukünftig zudem davon ab, ob ausreichend Hochqualifizierte als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen und wie wir die produktionsnahen Dienstleistungen in Deutschland entwickeln und ausbauen.

Doch der ökologische Umbau geht noch immer viel zu langsam voran. So soll trotz der eingeleiteten Neuausrichtung der Energiepolitik künftig Kohle als wichtige Säule der Energieerzeugung erhalten werden. Zurzeit wird von der Bundesregierung gar ein Subventionsprogramm für den Neubau von Kohlekraftwerken vorbereitet. Damit würden noch über Jahrzehnte große Mengen an CO₂-Emissionen anfallen, die nicht nur das Klima schädigen, sondern auch enorme Kosten verursachen, die über die Strompreise von Unternehmen und Privathaushalten aufgebracht werden müssten. Das mit der Kohle einhergehende Festhalten an unflexiblen Großkraftwerken droht zudem das Wachstum der erneuerbaren Energien abzubremsen, mit unübersehbaren Folgen für die Entwicklung dieser Wachstumsbranche. Hier droht, dass die Fehler der desaströsen Atompolitik wiederholt werden.

Wer Industriepolitik als Bestandsschutz versteht, gefährdet den Bestand. Neben dem Megathema Klimawandel ist die Industrie mit weiteren gewaltigen Herausforderungen konfrontiert: Auch der demografische Wandel und die Entwicklung zu einer Dienstleistungsgesellschaft erzwingen ein Umsteuern. Grüne Industriepolitik zielt darum nicht auf die Zementierung alter Strukturen, sondern will die deutsche Wirtschaft zukunftstauglich machen. Das geht nur mit einer Erneuerung in allen Industriezweigen. Vor diesem Hintergrund sind wir überzeugt, dass wir eine grüne Modernisierungsoffensive für die Industrie brauchen. Grüne Industriepolitik setzt dafür auf einen klaren ökologischen Ordnungsrahmen, der übergeordnete Ziele und Leitplanken vorgibt und innerhalb dessen kreativer Unternehmertegeist im freien Wettbewerb die effizientesten Lösungen hervorbringt. Der Blaumann muss grün werden.

Grundprinzipien grüner Industriepolitik

Grüne Industriepolitik ist ökonomisch. Wir Grüne haben als erste erkannt, dass Ökologie erfolgreiche Geschäftsmodelle begründet. Mit grünen Ideen lassen sich schwarze Zahlen schreiben - schon heute und vermehrt in der Zukunft.

Grüne Industriepolitik ist ökologisch. Der verantwortungsvolle Umgang mit allen Ressourcen, ob Energie, Flächen, Wasser, Biodiversität oder Metallen ist Kern unserer Industriepolitik. Auf Dauer kann nichts wirtschaftlich vernünftig sein, was ökologisch unvernünftig ist.

Grüne Industriepolitik ist sozial. Mindestlöhne in allen Branchen, gleicher Lohn für Frauen und Männer, Equal Pay in der Zeitarbeit, Schutz vor Krankheit und Altersarmut sowie fairer und fortwährender Zugang zu Bildung unabhängig von Herkunft und Einkommen sind Bestandteile grüner Industriepolitik.

Grüne Industriepolitik ist ein Bestandteil des grünen Konzepts vom "Green New Deal", das Antworten auf die großen globalen Krisen unserer Zeit - die Klimakrise, die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise und die Armutskrise formuliert. Dazu wollen wir die Ökologisierung der Wirtschaft mit der Regulierung der Finanzmärkte, einem neuen sozialen Ausgleich und einer Bildungsoffensive verbinden und so wirtschaftliche Entwicklung und neue Arbeitsplätze schaffen. Ziel ist die ökologische Neuausrichtung der Wirtschaft zu einer ressourcensparenden Ökonomie auf der Basis der erneuerbaren Energien. Dabei kommt der Industrie eine zentrale Rolle zu.

Grüne Industriepolitik heißt Veränderung gestalten, nicht Bestand bewahren. Industriepolitik steht bei den Konservativen und bei vielen Sozialdemokraten heute noch in erster Linie für die Verteidigung veralteter Strukturen, Abschottung, Bestandsschutz und erhaltende Subventionierung. Sie setzen weiter auf die alten Mechanismen, die uns aus der Industriegesellschaft vertraut sind. So sind wir nicht mehr zukunftsfähig und werden früher oder später von der weltweiten Entwicklung abgehängt. Grüne Industriepolitik kann mit dieser Vernarrtheit in den Status Quo nicht viel anfangen. Sie steht für Innovationen und für Wettbewerb um die besten Lösungen. Veränderung heißt zu einem Teil immer auch die "kreative Zerstörung des Alten" (im Sinne Schumpeters), sofern es keine Antworten mehr hat auf neue drängende Fragen. Die schwarz-gelbe Koalition bremst Innovationen aus, wenn sie mit Erhaltungssubventionen und Politik auf Druck einflussreicher Lobbys klassische Klientelpolitik zu Lasten der Zukunft macht. Wir wollen - anders als die Bundesregierung - beispielsweise die Unterstützung energieintensiver Branchen auf Maßnahmen der Energieeinsparung und der Energiedienstleistungen konzentrieren. So kann z. B. die Aluminiumindustrie durch eine kurzfristige Steuerung der Stromnachfrage zur Netzstabilität beitragen. Derartige Dienstleistungen sollten künftig vergütet werden.

Das zukünftige Umfeld industrieller Produktion unterliegt starken Veränderungen. Neue gewichtige Akteure aus Asien und Lateinamerika haben die Arena betreten. Innovationszyklen beschleunigen sich. Die Vernetzung über Länder-, Sektoren- und Unternehmensgrenzen hinweg nimmt stetig zu. Eine moderne Industriepolitik muss solche Megatrends erkennen, verstehen und darauf reagieren. Grüne Industriepolitik richtet besonderes Augenmerk auf drei Megatrends:

1. Klimaschutz und steigende Preise für fossile Energie und knappe Ressourcen
2. Entwicklung zu einer Dienstleistungsgesellschaft mit **hohem Anteil produktionsnaher Dienstleistungen**
3. Demografischer Wandel und Fachkräftemangel.

Diese Megatrends bestimmen die Entwicklung der deutschen Industrie zunehmend.

Megatrend 1: Klimaschutz und "weg vom Öl"

Umwelt- und Klimaschutz sind die zentralen Herausforderungen für die industrielle Produktion der Zukunft. Durch einen Mix aus Ordnungsrecht (verschärfte CO₂-Grenzwerte, Tempolimit, Top-Runner-Ansatz), marktwirtschaftlichen Instrumenten (Ökologische Steuerreform, CO₂-Zertifikate) und Wirtschaftsförderung (Marktanreizprogramme, steuerliche Forschungsförderung für KMU, Grundlagenforschung) setzen wir den Rahmen für den Wettbewerb um die beste ökologische Lösung. Schlechte ökologische Produkte und Dienstleistungen - also solche, die die Umwelt belasten oder mit einer miesen Klimabilanz einhergehen - müssen künftig teurer sein als grüne Produkte und Dienstleistungen. Das ist gemeint, wenn wir sagen, die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen. Dafür wollen wir die ökologische Finanzreform fortführen und umwelt- und Klimaschädliche Subventionen in Höhe von derzeit rund 40 Milliarden Euro jährlich schrittweise abbauen.

Klar ist, die ökologische Modernisierung ist nicht umsonst zu haben. Zukünftig entstehen den Unternehmen nicht nur Kosten für Personal und Material sondern auch für den Umweltverbrauch. Wir behalten aber die administrativen und finanziellen Belastungen der Unternehmen im Auge. Der ordnungspoliti-

sche Rahmen muss effizient und unbürokratisch gestaltet werden. Durch eine ökologisch ausgerichtet nationale Beschaffungsstrategie eröffnen wir Marktchancen für innovative Produzenten

Innovationen brauchen eine Richtung. Für uns Grüne ist die ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft ein solcher Richtungsimpuls, der technische und nicht-technische Innovationen auslösen kann. Innovationsprozesse ohne Richtungsimpuls verlaufen in der Regel blind und führen meist nur zur Optimierung des Status quo. Deshalb fordern wir ambitionierte und vor allem verbindliche Ziele, die die Richtung vorgeben und Planungssicherheit schaffen.

Die Finanzierung des ökologischen Umbaus ist eine große Herausforderung. Sie kann nicht allein dem Staat überlassen werden. Es kommt darauf an, verstärkt privates Kapital zu mobilisieren. Technologische Innovation und ökologische Modernisierung sind zunächst oft mit hohem Kapitalbedarf und großen Anfangsinvestitionen verbunden. Bei langen Amortisationszeiten setzen Investitionen Planungssicherheit voraus. Das EEG hat erfolgreich gezeigt, wie der Staat durch langfristige Planungssicherheit privates Kapital für den ökologischen Umbau mobilisieren kann. Darüber hinaus müssen die Bedingungen für Risikokapitalgeber verbessert werden.

Hierin unterscheiden wir uns grundlegend von der Bundesregierung. Das Bundeswirtschaftsministerium sieht in der Proklamation einer Grünen Wirtschaft und der Kanalisierung unternehmerischer Tätigkeit die Gefahr "schlechten Lösungen für irrelevante Probleme zum Durchbruch zu verhelfen."¹ Wir halten Klimawandel, Umweltzerstörung und Artensterben nicht für irrelevante Probleme, sondern für das größte Markt- und Staatsversagen der Menschheitsgeschichte. Und anders als die Bundesregierung befürchten wir keine schlechten Lösungen, da wir auf Marktmechanismen als hocheffizientes Suchverfahren nach den besten Lösungen setzen, die innerhalb eines klar gesteckten ökologischen Ordnungsrahmen und bei richtigen Preissignalen ihre Wirkung entfalten können.

"Made in Germany" steht heute für gute Qualität. Grüne Industriepolitik will, dass dieses Label zukünftig für beste ökologische Qualität und maximale Ressourceneffizienz steht. Im Rahmen unseres Konzeptes "Green New Deal" als Antwort auf die Finanzkrise, die Klimakrise und die Krise der fehlenden sozialen Gerechtigkeit, formulieren wir heute grüne Industriepolitik als ökologische und soziale Erneuerung aller Branchen, also nicht nur im Sinne von Umwelttechnologien und Erneuerbaren Energien.

Beispiel Chemische Industrie

Nirgendwo anders bündeln sich die Herausforderungen vor denen wir stehen so deutlich wie in der Chemieindustrie. Die Chemieindustrie ist Teil des Problems. Die Chemieindustrie kann Teil der Lösung werden. Wir Grünen haben traditionell ein kritisches Verhältnis zur chemischen Industrie, weil wir uns immer wieder gegen massive Gefährdungen von Umwelt und Gesundheit durch Chemieunternehmen gewehrt haben. Wir sind aber überzeugt, dass die Chemie eine Schlüsselbranche für die Strategie der ökologischen Modernisierung unserer Wirtschaft ist. Dabei erkennen wir durchaus die Veränderungen an, die viele Unternehmen der chemischen Industrie bereits vollzogen haben. Als ressourcenintensive Industrie steht die Chemie vor der Herausforderung, ihre Abhängigkeit vom Öl und anderen Grundstoffen mit modernen Produktionsverfahren und Technologien zu mindern. Nur so kann eine konsequente Klimaschutzpolitik gelingen, nur so kann die Industrie im globalen Wettbewerb und bei steigenden Rohstoffpreisen in Zukunft bestehen.

Der Strukturwandel zu einer nachhaltigen Wirtschaft kann ohne die chemische Industrie nicht gelingen. Für Fortschritte bei Energie- und Ressourceneinsparungen oder bei der wachsenden Nutzung nachwachsender Rohstoffe braucht es die Methoden der weißen Biotechnologie oder der Nanotechnologie. Forschung und Entwicklung zu Themen wie der Nutzung von Kohlendioxid als Baustein für die chemische Synthese, Bioraffinerie, Nanotechnologie für die Energieeinsparung oder auch zum breiten Thema Ressourceneffizienz bilden die Grundlage, um die ehrgeizigen, aber notwendigen Ziele des Atomausstiegs und des Klimaschutzes tatsächlich erreichen zu können.

¹ BMWi (2010): Im Fokus: Industrieland Deutschland, S. 17

Gemessen an der gesamten deutschen Industrie liegen die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in der Chemieindustrie deutlich über dem Durchschnitt. Ihr Energiebedarf ist überdurchschnittlich hoch. Ein weiteres Merkmal der Branche ist der hohe Ressourceneinsatz: Lohnkosten machen im Schnitt nur rund 19 Prozent der Gesamtkosten eines Betriebs aus, Kosten für Material und Vorprodukte hingegen 50 Prozent und liegen damit deutlich über dem Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes. Teilweise liegen die Materialkosten in einigen Sparten der sehr heterogenen Chemieindustrie sogar bei 60 Prozent. Hier liegt gerade bei kleineren und mittleren Unternehmen ein erhebliches Potenzial für eine effizientere Nutzung. Erfahrungen zeigen, dass durch betriebliche Effizienzberatung eine erhebliche Ersparnis an Materialkosten zu erzielen ist. Das Unternehmen profitiert durch erhöhte Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit, gesamtwirtschaftlich verringert eine effiziente Rohstoffnutzung zudem die Abhängigkeit von volatilen Rohstoffmärkten. Grüne Industriepolitik hat diese Besonderheiten der Chemiebranche im Blick.

Noch zu oft stehen kurzfristige Renditeerwartungen mittel- bis langfristigen Ziel- und Strategiefestlegungen entgegen. Aber genau auf diesem Feld liegen die entscheidenden strategischen Fragen. Durch Investitionen in die heutige Technik werden die Emissionen von morgen festgelegt, und durch heutige Forschungsinvestitionen werden die Materialkosten von Übermorgen mit geprägt.

Grüne Politik

- **Ehrgeizige Klimaschutzpolitik:** Wir wollen Deutschland und Europa wieder zu Vorreitern im Klimaschutz machen. Durch ehrgeizige CO₂-Minderungsziele und ein nationales Klimaschutzgesetz schaffen wir Innovationsanreize und neue Absatzmärkte für die Chemische Industrie. Die verstärkte Nachfrage nach Dämmstoffen für die energetische Gebäudesanierung und die wirtschaftlichen Potenziale von Bioraffinerien sind Beispiele für die Chancen, die ein konsequenter Klimaschutz der Chemie eröffnet.
- **"weg vom Öl":** Zur Förderung von Produkten und Verfahren auf der Basis nachwachsender Rohstoffe wollen wir innovationsfördernden Rahmenbedingungen schaffen und insbesondere Investitionen auf dem Sektor der Biomassekonversion, der Biomassetechnologie und der Herstellung von biobasierten Produkten erleichtern. Dazu gehört z.B. auch die Abschaffung der Steuerbefreiung für die stoffliche Nutzung von Gas und Erdöl. Ergänzend dazu wollen wir durch gezielte Markteinführungsprogramme die Wettbewerbsfähigkeit von biobasierten Produkten gegenüber konventionellen erdölbasierten Produkten verbessern. Daneben gilt es auch, ordnungsrechtliche Vorschriften die als Markteintrittsbarrieren fungieren (wie z.B. im Abfallrecht) abzubauen.
- **Forschungsförderung für den Mittelstand:** Grüne Industriepolitik ist Innovationspolitik. Deshalb kommt es entscheidend darauf an, dass in den Betrieben genügend in Forschungs- und Entwicklung investiert wird. Damit die kleinen und mittleren Betriebe hierbei nicht gegenüber den Großunternehmen abgehängt werden, müssen sie bei diesen Investitionen gezielt unterstützt werden.
- **Ausnahmeregelungen für energieintensive Industrien:** Wir wollen Unternehmen, die nachweislich besonders energieintensiv sind und in intensivem internationalen Wettbewerb stehen, weiterhin Erleichterungen bei den Energiesteuern oder bei den Umlagen für Erneuerbare Energien gewähren, um eine CO₂-bedingte Verlagerung von Unternehmen zu vermeiden. Allerdings müssen diese Subventionen zukünftig an den im Einzelfall nachgewiesenen Härten bemessen und an konkrete Effizienz-Verpflichtungen geknüpft werden, damit nicht Verschwendung und technologischer Stillstand subventioniert werden.
- **Rote und weiße Biotechnik bieten Chancen:** Die weiße Biotechnologie, die in geschlossenen Systemen genutzt wird, ist wichtiger Bestandteil einer innovativen und nachhaltigen Chemieindustrie. Ihren Einsatz wollen wir weiterentwickeln. Die rote Biotechnologie eröffnet neue Wege in einer Reihe medizinischer Anwendungsfelder. Bei ihrem Einsatz müssen aber die Interessen der Probanden und Patienten gewahrt und ethische Maßstäbe zu Grunde gelegt werden. Gentechnik in offenen Systemen, also in der Umwelt, insbesondere als Agrogentechnik lehnen wir ab, weil sie viele ökologische Gefahren birgt und bisher keinerlei gesellschaftlichen Nutzen nachweisen konnte.

- **Potenzial der Nanotechnologie nutzen:** Das umweltentlastende und ressourceneinsparende Potenzial der Nanotechnologie wollen wir fördern und weiter ausbauen. Voraussetzung, damit Deutschland bei dieser Technologie eine führende Rolle am Weltmarkt einnehmen kann, ist der Ausbau der Risikoforschung und der Technikfolgenabschätzung. Größtmögliche Transparenz und Vorsorge sind bei der Einführung neuer Technologien die Voraussetzung für gesellschaftliche Akzeptanz. Darum setzen wir uns bei der Nutzung der Nanotechnologie für die Einhaltung des Vorsorgeprinzips ein. Dazu gehören sowohl nanospezifische Prüf- und Zulassungsverfahren, ein Produktregister sowie eine Kennzeichnungspflicht. Ein Moratorium für die Verwendung freier Nanopartikel in Kosmetik und in Lebensmitteln halten wir nach wie vor aufgrund der bisher unzureichenden Erkenntnisse der Risikoforschung für nötig.
- **Grüne Rohstoffpolitik:** Grundlage der industriellen Produktion ist die Verfügbarkeit von Rohstoffen. Die Bundesregierung setzt in ihrer Rohstoffstrategie einseitig auf den Außenhandel. Das ist kurzfristig und riskant. Im Bewusstsein endlicher Ressourcen, volatiler Rohstoffmärkte und dem Risiko politisch motivierter Handelsbeschränkungen setzen wir Grünen auf eine Innovationsstrategie basierend auf Rohstoffeffizienz, Recycling und Substitution in Verbindung mit fairen Rohstoffpartnerschaften und kluger Rohstoff-Diplomatie.

Beispiel Maschinenbau und Elektrotechnik

Der Maschinen- und Anlagenbau gehört zu den wichtigsten Innovationstreibern für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in der Industrie. 55 Prozent der gesamten Investitionen in der Industrie entfallen auf Produkte aus dem Maschinen- und Anlagenbau. Ressourceneffizienz gewinnt international eine wachsende Bedeutung als zentraler Differenzierungsfaktor im Wettbewerb. So sind die Lebenszykluskosten zunehmend das entscheidende Kriterium bei der Neuanschaffung einer Maschine oder Anlage. Gelingt es Unternehmen, sich am Markt beim Thema Energie- und Materialeffizienz mit innovativen Produkten zu positionieren, so hat das nachweislich positive Effekte auf Umsatz und Beschäftigung. Laut einer aktuellen Studie der Prognos AG wird die Elektrotechnik die am stärksten wachsende Querschnittsbranche bis 2020 sein. Treiber des Wachstums werden auch hier Innovationen in der Prozesstechnik wie Technologien für Energieeffizienz sein.

Dabei bedarf es neben technischen Innovationen wie der Optimierung der Systemsteuerung und Konstruktionsoptimierung auch nicht-technischer Innovationen wie Prozessoptimierung in der Produktion oder Schulung der Mitarbeiter.

Motoren generell und insbesondere Dieselmotoren sind im Maschinen- und Anlagenbau von elementarer Bedeutung, da hier entweder selbst Motoren hergestellt oder diese in ihre Endprodukte eingebaut werden. Aufgrund der Emissionen von Dieselmotoren und ihres Feinstaubgehaltes bedarf es größerer Anstrengungen im Bereich der Emissionsreduktion und neuer Motoren auf Basis regenerativer Antriebe.

Grüne Politik

- **Grüner Energiesparfonds:** der Fonds mit einem Volumen von 3 Milliarden Euro soll unter anderem die Nachfrage nach innovativen effizienten Produkten fördern, aber auch stromsparende Maßnahmen in der Wirtschaft unterstützen.
- **Ausbau erneuerbarer Energien:** Vom konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien zur zentralen Säule der Energieversorgung profitiert der Maschinen- und Anlagenbau in besonderer Weise. Diese Kombination war bereits während der letzten Wirtschaftskrise Motor der deutschen Wirtschaft und wird auch künftig ein Zugpferd der wirtschaftlichen Entwicklung sein.
- **Ausweitung der Materialeffizienzberatung:** Die praktischen Erfahrungen aus der Effizienzberatung belegen, dass in den kleinen und mittelständischen Unternehmen im Durchschnitt mindestens 20 Prozent der Materialkosten durch Investitionen in Effizienztechnologien und durch effizientere Produktionsabläufe eingespart werden könnten.
- **Ausweitung der Energieeffizienzberatung und der Effizienznetzwerke:** Die Beratungsprogramme könnten durch die Einführung eines Umlagesystems nach dem Vorbild des Erneuerbare-Energien-Gesetzes finanziert werden.
- **Kreislaufwirtschaft:** Ökodesign-Richtlinie auf ein recyclinggerechtes Produktdesign ausrichten.

- **Top-Runner-Ansatz:** Das umweltverträglichste und energiesparendste Produkt gibt den Standard vor. Alle anderen Anbieter müssen in vorgegebener Zeit diesen Standard erfüllen.

Beispiel Autoindustrie

Jeder 20. Arbeitsplatz in Deutschland hängt vom Auto ab. Die derzeitigen Absatzrekorde deutscher Hersteller sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Branche ein massiver Umbruch bevorsteht. Zum einen wird China wahrscheinlich in einigen Jahren eine konkurrenzfähige eigene Automobilindustrie aufgebaut haben, die nach dem Vorbild Japans und Koreas auch nach Europa exportieren wird. Zum anderen steht ein technologischer Umbruch an, mit einer Elektrifizierung des Antriebs. Den Hybridantrieb hat die deutsche Autoindustrie verschlafen und beim reinen Elektroauto sind andere Wettbewerber ebenfalls vorn. So ist Renault/Nissan dabei, bis Ende 2012 eine Produktionskapazität für 500.000 Elektroautos aufzubauen. Die größte Herausforderung für den Automobilstandort Deutschland liegt darin, die Batterietechnik, die den größten Wertschöpfungsanteil bei Elektroautos ausmacht und die bisher fast komplett aus Japan, Korea und China bezogen wird, durch Innovationen leistungsstärker und produktionstechnisch günstiger zu machen, um sie auch in Deutschland produzieren zu können. Nur so können wegfallende Arbeitsplätze im Motoren- und Getriebebau, der bisherigen Kernkompetenz von Autobauern und Zulieferern, ersetzt werden.

Der elektrische Antrieb mit Strom ist die beste Möglichkeit, erneuerbare Energien für die Mobilität zu nutzen und CO₂-Emissionen zu senken. Hier hat die weitgehend elektrifizierte Schiene einen Vorteil, den sie ausbauen kann, wenn sie konsequent auf erneuerbare Energien umstellt. Die größte technologische Herausforderung liegt aber zweifellos in der Umstellung des Automobilantriebs von der vergleichsweise ineffizienten Verbrennung fossiler Kraftstoffe auf den elektrischen Antrieb. Unter der Voraussetzung, dass diese Fahrzeuge mit zusätzlichen erneuerbaren Energien betrieben werden, liegt hier langfristig auch das größte klimapolitische Potenzial zur Senkung der CO₂-Emissionen aus dem Verkehr. Gleichzeitig kann die Speicherleistung von Batterien in Autos zu einem wichtigen Baustein der Energiewende werden, indem un stetiger Wind- und Sonnenstrom kurzfristig gespeichert und in einem zweiten Schritt auch wieder ins Netz abgegeben werden können.

Erneuerbarer Strom kann langfristig sogar dazu genutzt werden, den verbleibenden Kraftstoffbedarf zu decken. In einem zweistufigen Verfahren wird beim "Power-To-Gas-Verfahren" zunächst per Elektrolyse Wasserstoff hergestellt, der anschließend mit CO₂ zu Erdgas methanisiert wird. Alternativ könnte Wasserstoff auch in Brennstoffzellen eingesetzt werden. Ob die Kosten für die Produktion von Brennstoffzellenautos soweit gesenkt werden können, dass sie zukünftig konkurrenzfähig mit Plug-In-Hybriden oder Range Extendern sind, ist derzeit allerdings noch eine offene Frage.

Kurzfristig liegen in der Hybridisierung der Antriebe, einem konsequenten Downsizing der Motoren und vor allem auch im Leichtbau noch erhebliche Potenziale für die Verbrauchsreduzierung, die ordnungsrechtlich durch ambitionierte CO₂-Grenzwerte begleitet werden müssen.

Innovation braucht Transparenz für die Märkte und für die VerbraucherInnen. Die Bundesregierung hat sich bisher zum Anwalt intransparenter Kennzeichnung und ineffizienter Autos gemacht und verspielt so die künftige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie. Das ist das Gegenteil guter Innovationspolitik.

Während wir in Deutschland zur Förderung der Elektromobilität bisher allein auf Modellversuche und Forschung setzen und für eine Abwrackprämie 10mal so viel ausgegeben haben wie für die Elektromobilität (500 Millionen Euro), haben andere Länder die industriepolitische Implikation eines Paradigmenwechsel bei den automobilen Antrieben frühzeitig erkannt und fördern die Markteinführung der Elektromobilität mit Kaufprämien, mit denen die Mehrkosten der Batterietechnik zumindest teilweise kompensiert werden.

Grüne Politik

- Die **Netzintegration der Elektromobilität** zum Ausgleich der un stetigen Einspeisung erneuerbarer Energien soll durch Demonstrationsvorhaben und die Gewährung des noch im EEG zu verankernden Stetigkeitsbonus unterstützt werden.

- Im Ordnungsrecht werden die Voraussetzungen und **Benutzervorteile für reine Elektrofahrzeuge** und Plug-In-Hybride geschaffen, u.a. durch die Schaffung einer blauen Plakette für die Befahrung von Umweltzonen.
- **Abschaffung des bisherigen Dienstwagenprivilegs** durch Orientierung der Dienstwagenbesteuerung am CO₂-Ausstoß und Deckelung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten.
- **Kaufprämien für Fahrzeuge** mit einem CO₂-Ausstoß von weniger als 60 g/km, wie beispielsweise Elektro- und Hybridfahrzeuge, von anfangs 5.000 Euro im Rahmen einer Reform der Kfz-Steuer mit einem aufkommensneutralen Bonus-Malus-System.
- **Förderung von Konzepten**, die eine Weiterentwicklung der Automobilindustrie von Produktionsbetrieben für Autos hin zu Anbietern von Mobilitätsdienstleistungen in einem intermodalen Verkehrssystem unterstützt.

Megatrend 2: Entwicklung zu einer Industriegesellschaft mit hohem Anteil produktionsnaher Dienstleistungen

Teil der strukturkonservativen Nostalgie bei Union, SPD und Linken ist ein vermeintlicher Antagonismus zwischen Industrie und Dienstleistung. Die Grenzen zwischen diesen Sektoren verwischen aber immer stärker. Die Industriegesellschaft des vergangenen Jahrhunderts verwandelt sich auf der Basis von Wissen, Kultur und Innovation in eine Dienstleistungsökonomie mit komplexen Systemlösungen statt einfacher Massenware. Mehrwert entsteht am Industriestandort Deutschland immer weniger durch Bohren, Fräsen oder Löten. Die deutsche Industrie konzentriert sich immer stärker auf "Systemkopffunktionen"² - wissensintensive Servicefunktionen wie Forschung und Entwicklung, Design, Marketing, Technologietransfer, Fertigungsplanung und Vertriebssteuerung. Die realen Dienstleistungsexporte wuchsen zwischen 2001 und 2008 sogar stärker als die Warenexporte. Das lag vor allem an der Ausfuhr unternehmensnaher Dienstleistungen, die in einem engen Zusammenhang mit dem Warenexporten stehen.

Die Fähigkeit, Akteure zu vernetzen, Projekte und Kooperationen zu managen, gesellschaftliche und kulturelle Trends zu antizipieren, Kundenbedürfnisse zu erkennen und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln wird immer wichtiger. Interdisziplinäres Querdenken entscheidet zunehmend über Erfolg und Misserfolg. Der Chemiker lernt vom Autobauer, der Elektroingenieur braucht den Biotechnologen. Eine Schlüsselkompetenz wird zunehmend die Fähigkeit, die Herstellung komplexer Systemlösungen und maßgeschneiderter Produkte mit Methoden der Massenproduktion zu vereinen. Dienstleistungen ersetzen industrielle Produktion nicht zwangsläufig sondern sie werden vielfach um Industrieprodukte herum entwickelt.

Die Tertiarisierung führt also nicht zwangsläufig zum Bedeutungsverlust des industriellen Sektors, sondern trägt zu seiner Stärkung bei. Allerdings ist die Wert schöpfende Wirkung bei Dienstleistungen nicht so einfach nachzuvollziehen und zu messen wie in der Welt der Produkte. Die volkswirtschaftliche Betrachtung ist noch sehr stark von den Gegebenheiten und Notwendigkeiten der physischen Produktion in der Industrie geprägt. Entsprechend ist die Wirtschaftspolitik mit ihren Förderinstrumenten darauf ausgerichtet.

Auch die gegenwärtige Wirtschaftsstatistik bildet die Realitäten nicht mehr richtig ab. Es ist notwendig, den Begriff Dienstleistung deutlich zu differenzieren, um die Phänomene, die sich mit der Verschiebung des Tätigkeitsschwerpunkts ergeben, besser beschreiben zu können. Es mangelt an alternativen, für eine Dienstleistungsgesellschaft adäquaten Ausbildungs- und Studiengängen. Auch die Flexibilität und Durchlässigkeit von Ausbildungen ist noch zu wenig ausgestaltet. Komplexes, interdisziplinäres Wissen spielt eine wichtige Rolle, wenn kundenspezifische Lösungen entwickelt werden sollen. Kulturelle und Sprachkenntnisse oder die Fähigkeit, sich in Kunden hineinzusetzen um Bedürfnisse zu erkennen, sind neue entscheidende Tugenden.

Wir brauchen Indikatoren für die Innovationskraft von Unternehmen und Volkswirtschaften und einen breit gefassten Innovationsbegriff, der technische und nicht-technische Innovationen, Produkt- und Pro-

² BDI (2008): Systemkopf Deutschland Plus. Die Zukunft der Wertschöpfung am Standort Deutschland.

zessinnovationen aber auch ökonomische, soziale und kulturelle Innovationen umfasst. Als universeller Leistungsindikator für die Innovationskraft eines Unternehmens oder einer Volkswirtschaft werden bisher die Forschungs- und Entwicklungsausgaben herangezogen. Viele sehr relevante Innovationen erfolgen aber außerhalb der entsprechenden "Kostenstellen". In einer dienstleistungsorientierten Industrie wird ein passender Indikator auch auf Kompetenzentwicklung und nicht nur auf Technologieentwicklung zugeschnitten sein.

Beispiel Mobilität

Insbesondere die Fortschritte in der Elektromobilität zeigen, dass die Verschmelzung traditioneller Branchen bereits stattfindet. Elektromobilität ist mehr als Batterietechnik. Es reicht nicht, nur den Antrieb im Auto auszutauschen. Es geht um neue Mobilitätskonzepte, die den problemlosen Wechsel zwischen den Verkehrsmitteln erlauben. Diese Konzepte beinhalten wiederum neue industrielle Produkte, werden aber auch viele soziale und ökonomische Innovationen hervorbringen. So wird bei Car-Sharing-Modellen "Besitzen" durch "Nutzen" ersetzt. Die Entwicklung passgenauer Mobilitätsdienstleistungen, die insbesondere den Bewohnern von Großstädten eine qualitativ hochwertige Alternative zum Privatauto bieten, ist ein globaler Wachstumsmarkt. Rückgrat eines solchen Verkehrssystems ist immer ein sehr gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr, der um öffentliche Fahrräder und Autoangebote ergänzt wird.

Wertschöpfung und Arbeitsplätze werden zunehmend über Mobilitätsdienstleistungen generiert. Auf diese Fragen muss sich die öffentliche Förderung stärker konzentrieren und neue Ansätze jenseits der reinen Technologieförderung finden. Auch bei der Nationalen Plattform Elektromobilität kommt das Thema Mobilitätsdienstleistungen und Intermodalität viel zu kurz.

Bei der für Elektroautos nötigen Infrastruktur muss unser Anspruch sein, nicht nur die Ladesäulen zu produzieren und aufzustellen. Der größte Wettbewerbsvorteil wird dann erreicht, wenn deutsche Unternehmen künftig ganze Systeme anbieten für eine intelligente Vernetzung des Elektroautos mit anderen Verkehrsmitteln, mit dem Stromnetz und mit Informationstechnologien, die für Nutzung und Abrechnung erforderlich sind. Viele Unternehmen haben längst erkannt, dass sie sich auf diese Herausforderung strategisch neu ausrichten müssen. So will beispielsweise Bosch zukünftig stärker vernetzte Prozesse managen und sich als Dienstleister positionieren.

Grüne Politik

- Die **Markteinführung neuer Mobilitätsdienstleistungen** für eine neue urbane Mobilität mit den Bestandteilen öffentliche Elektroautos im Car Sharing, öffentliche Mieträder und der Umstellung der Energieversorgung des öffentlichen Verkehrs auf erneuerbare Energien werden zusammen mit 500 Millionen Euro über fünf Jahre unterstützt.
- **Förderung neuer Branchenkooperationen:** unterschiedliche Kulturen in Autoindustrie, ÖPNV, Energieunternehmen und IT-Industrie müssen zusammengeführt und Kooperationserfahrungen gesammelt werden. **Ordnungsrahmen für neue Mobilitätskonzepte:** zum Beispiel Ausweisung von öffentlichen Car-Sharing-Stellplätze.
- **Förderung von Konzepten für die Stärkung der Nutzung verschiedener Verkehrsträger während einer Fahrt (Intermodalität),** z. B. durch Schaffung von Ordnungsrahmen für die gemeinsame Abrechnung der Nutzung von Bahn, ÖPNV und Pkw, das heißt Verkauf von Kilometern anstelle von Fahrkarten oder Autos.

Beispiel Informations- und Kommunikationstechnologie-Sektor (IKT)

Die IKT-Branche zählt mit einem Umsatz von rund 140 Milliarden Euro zu einer der größten Branchen in Deutschland. Auch im IKT-Sektor wird produziert, auch wenn er statistisch den Dienstleistungen zugeordnet wird. Die Produktion findet hier nur nicht in großen Fabrikhallen sondern in den Köpfen der Programmierer statt. Die Strukturen des IKT-Sektors wandeln sich angesichts der steigenden Bedeutung des Internets, gerade auch mit Blick auf die Medien- und Kreativwirtschaft, und entwickeln sich mehr und mehr zu einer sektorenübergreifenden Netzökonomie.

Software- und IT spielen aufgrund ihrer Querschnittsaufgabe in fast allen Wirtschaftsbereichen eine wichtige Rolle, wie zum Beispiel bei der Prozessoptimierung im Maschinen- und Anlagenbau. IKT-Technologien werden einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg großer Zukunftsprojekte wie Elektromobilität, Energieeffizienz und der Modernisierung von Gesundheitswesen und Verwaltung leisten. Mehr als die Hälfte aller Industrieprodukte hängt vom Einsatz von IKT-Technologien ab. 20 Prozent des Wertes eines neuen Autos sind mit der darin verwendeten Software verbunden. Der Anteil von Software an den Innovationen im Automobilbau wird sogar auf bis zu 80 Prozent geschätzt. Die kontinuierliche Stärkung der IKT-Technologien ist daher für die grüne Bundestagsfraktion unabdingbar für den wirtschaftlichen Erfolg innerhalb einer vernetzten Dienstleistungsgesellschaft und Projektwirtschaft.

Grüne Industriepolitik nutzt die Möglichkeiten und Potentiale einer rohstoffsparenden Informatisierung der Produktion ("grün durch IT"). Sie setzt konsequent auf die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien und insbesondere das Internet, um den Wohlstand zu mehren. Ein ambitionierter und stetiger Ausbau der Breitbandinfrastruktur ist hier von enormer Bedeutung, genauso wie die diskriminierungsfreie Übertragung von Datenpaketen ("Netzneutralität").

Wirtschafts- und Forschungsförderung muss sich viel stärker auf den Wissenstransfer zwischen Branchen und Technologien konzentrieren. Software spielt hier nicht die einzige, aber eine wichtige Rolle. "Social Software" und "Social Media" fördert die Zusammenarbeit, die gemeinschaftliche Nutzung sowie die Kommunikation und Vernetzung zwischen Individuen und Gruppen. Die Bereiche IT-Service, Internet der Dienste und Mobile Datendienste sind die wichtigsten Wachstumsfelder der IKT-Branche in den kommenden Jahren.

Der Ausbau eines glasfaserbasierten Hochleistungsnetzes muss vorangetrieben werden. Ein Drittel des Produktivitätszuwachses in den westlichen Industrienationen basiert inzwischen auf Breitbandtechnologien und -kommunikation. Unser Ziel ist ein flächendeckender Breitbandzugang. Studien belegen den großen volkswirtschaftlichen Nutzen in Form von positiven externen Effekten wie Innovationsschüben und enormen Produktivitätssteigerungen. Würden bis 2014 drei Viertel aller deutschen Haushalte einen Breitbandanschluss mit 50 Mbit/s erhalten - das entspricht einem Investitionsbedarf von 20 Milliarden Euro - würde mehreren Gutachten zufolge auch der Arbeitsmarkt deutlich profitieren.

Grüne Politik

Flächendeckender Breitbandausbau: Klare und faire regulatorische Rahmenbedingungen und Fördermaßnahmen für den Ausbau eines glasfaserbasierten Hochleistungsnetzes

Wahrung der Netzneutralität als Bedingung von fairem Wettbewerb und Wachstumsdynamik in der gesamten Internetökonomie.

Stärkere Verankerung von IKT-bezogenen Themen in einer koordinierten Forschungs-, Bildungs-, Innovations- und Wirtschaftspolitik.

Das **öffentliche Beschaffungswesen** sollte wichtige Impulse setzen und Potenziale für kleine und mittelständische IKT-Unternehmen.

Intelligente Stromnetze: Der Einsatz "intelligenter Stromnetze" (Smart Grids), also die über Information- und Kommunikationstechnik optimierte Verbindung von Stromverbraucher und dezentralen Stromerzeugern, soll über Pilotvorhaben, die Festlegung technischer Standards und die Klärung datenschutzrechtlicher Fragen vorangebracht werden. Das kann den Stromverbrauch und die Klimabelastung senken und den Arbeitsmarkt beflügeln. Neun von zehn Unternehmen in der Elektro- und IT-Industrie sind der Ansicht, dass Smart Grids den Bedarf an Elektroingenieuren und Informatikern steigern wird.

Green IT: Auch für Herstellung, Handel und Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) gilt das Nachhaltigkeitsgebot. Verantwortungsvoller Umgang mit Rohstoffen, faire Arbeits-, Produktions- und Handelsbedingungen und eine stetige Erhöhung der Energieeffizienz sowie ein konsequentes Recycling der enthaltenen Rohstoffe gehören unabdingbar zu einer grünen Informationstechnologie. Green IT bietet einen großen Wachstumsmarkt, den wir ausbauen und fördern wollen.

Freie und quelloffene Software als Wirtschaftsfaktor (Open Source): Freie Computerbetriebssysteme wie Linux und andere quelloffene Software muss stärker als bisher gefördert und eingesetzt werden. Geschäftsmodelle, die auf Open Source setzen, verbinden Wachstumspotentiale mit sozialer Verantwortung und Wissenstransfer aus Hochschulen und Universitäten in die IKT-basierte Wirtschaft. "Open Source made in Germany" hat einen guten Ruf, gerade auch durch das vielfältige Angebot an Dienstleistungsangeboten, die im Umfeld freier Software entstehen.

Megatrend 3: Demographischer Wandel

Die Weltbevölkerung befindet sich inmitten tiefgreifender Veränderungen. Noch in diesem Jahr wird sie die Sieben-Milliarden-Grenze erreichen und bis 2050 auf über neun Milliarden wachsen. In Europa ist der Trend gegenläufig, die Bevölkerung, insbesondere die Anzahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter, nimmt ab. Dagegen steigt der Anteil älterer und hochbetagter Menschen. In der Arbeitswelt macht sich diese Entwicklung ebenfalls bemerkbar: Die Belegschaften altern. Deutschland bekommt als eines der ersten Industrieländer den demographischen Wandel deutlich zu spüren.

Der demographische Wandel wird die soziale und ökonomische Situation unseres Landes verändern. Er wird die internationalen Wirtschaftsbeziehungen beeinflussen. Schrumpfung und Alterung unserer Gesellschaft sind eine große Herausforderung an das gesamte Wirtschaftssystem, an Produktion, an den Arbeitsmarkt und an Kapital- und Immobilienmärkte.

Der demographische Wandel wird den bereits spürbaren Fachkräftemangel weiter verschärfen. Der drohende Arbeitskräftemangel ist mittlerweile zu einem bedeutenden Risikofaktor für Unternehmen in Deutschland geworden, dem mit Maßnahmen für eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen, Älteren und Migrantinnen und Migranten, notwendigen Investitionen in Bildung, Qualifizierung und Weiterbildung von Arbeitslosen und Beschäftigten sowie die Erleichterung der Einwanderung von qualifizierten Fachkräften und Selbstständigen entschlossen entgegengetreten werden muss.

Obwohl die Arbeitskräftenachfrage steigt, bleibt die Zahl der Arbeitslosen hoch. Es droht ein Fachkräftemangel bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit. Mehr als vier Millionen Menschen suchen aktuell ohne Erfolg eine Arbeit, fast eine Million bereits länger als ein Jahr. Doch statt in sie zu investieren und für nachgefragte Berufe zu qualifizieren, plant die Bundesregierung einen Kahlschlag bei der Arbeitsförderung. Die Spaltung des Arbeitsmarkts wird so weiter vorangetrieben.

Erwerbsbeteiligung erhöhen und mehr Menschen qualifizieren

In Deutschland sind rund 5,6 Millionen Frauen zwischen 25 und 59 Jahren nicht erwerbstätig - und das obwohl sie die besseren Abschlüsse an Schulen und Hochschulen machen. Die große Mehrheit von ihnen möchte arbeiten gehen, kann es aber wegen der schwierigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht oder nur eingeschränkt. Niedrige Löhne in typischen Frauenberufen, die steuerliche Begünstigung einer traditionellen Aufgabenteilung in den Familien durch das Ehegattensplitting und die Lohnungleichheit verringern außerdem die Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Eine große Zahl gut ausgebildeter Migrantinnen und Migranten muss weit unter ihrem Qualifizierungsniveau arbeiten, weil ihre ausländischen Abschlüsse hierzulande nicht anerkannt werden. Das ist herabwürdigend, und verschenkt außerdem wirtschaftliches Potenzial.

Die Weiterbildungsaktivitäten von Unternehmen sind oft nur gering und die Förderung von Weiterqualifizierung in der beruflichen Laufbahn ist nur in ganz engen Grenzen möglich. Entsprechend schlecht schneidet Deutschland in internationalen Vergleichen beim Lebenslangen Lernen ab. Wer so agiert, ignoriert die demografische Schrumpfung und setzt darauf, dass schon immer genug junge Fachkräfte nachdrängen werden. Wir wollen hier umsteuern. Ein Hochtechnologieland, dessen Zukunftspotenzial in den Köpfen der Menschen steckt, muss Barrieren für Qualifizierte abbauen, Lebenslanges Lernen etablieren und einen Schwerpunkt auf die Unterstützung sogenannter Bildungsverlierer legen.

Grüne Politik:

- **Unterstützung einer familienfreundlichen Unternehmenskultur.**

- **Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf** durch einen Rechtsanspruch auf eine ganztägige Kinderbetreuung, die Verankerung von Qualitätsstandards im KJHG und mehr Ganztagschulen.
- **Gesetzliche Verankerung einer Frauenquote für Aufsichtsräte**, damit in den Führungsetagen mehr Frauen auf den Chefsesseln sitzen.
- **Qualifizierungsangebote für zukunftsorientierte Berufe in der Arbeitsförderung stärken**, um den Fachkräftebedarf der Zukunft zu decken und die Spaltung des Arbeitsmarktes zu überwinden. Zudem sollen geförderte Weiterbildungsangebote auf Geringqualifizierte und auf Angebote mit einem anerkannten Berufsabschluss konzentriert werden. Darüber hinaus ist die modulare, mit Teilqualifikation versehene Weiterbildung zu verstärken, mit der berufliche Abschlüsse schrittweise erworben werden können.
- **Rechtsanspruch auf ein leicht zugängliches, transparentes und bundeseinheitliches Verfahren zur Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und Qualifikationen und Angebote zur Nachqualifikation.**
- **Unterstützung des lebenslangen Lernen** - durch ein staatlich gefördertes Bildungssparen und eine Erwachsenenbildungsförderung, die Weiterbildung breiter unterstützt als das "Meister-BaföG", um insbesondere diejenigen, die bisher kaum an Weiterbildung teilnehmen zu erreichen: Teilzeitkräfte, Geringqualifizierte, Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund.
- **Abbau von Erwerbshemmnissen** für Frauen wie Ehegattensplitting und Entgeltungleichheit

Eine Kultur der Altersarbeit etablieren

Eine moderne Unternehmenskultur, die auf Vielfalt (Diversity) setzt, braucht eine gute Mischung der Generationen. Ältere Menschen sind erfahren und kompetent - aber erst die demografische Entwicklung richtet den Fokus auf dieses Potenzial. Sie birgt damit die Chance, überkommene, zumeist negative, Einstellungen gegenüber dem Alter zu verändern. Das ist gut so, denn für die Sicherung der wirtschaftlichen Basis Deutschlands werden Ältere in Zukunft unentbehrlich sein. Aber noch sind Ältere überdurchschnittlich häufig von Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Nachwievor bestehen große Vorbehalte gegenüber der Leistungsfähigkeit älterer Beschäftigter. Dabei ist längst belegt, dass Ältere über spezifische Kompetenzen verfügen, die für ein Unternehmen durchaus wettbewerbsentscheidend sein können: Erfahrung, Verantwortungsbewusstsein, Qualitätsorientierung.

Um den Anforderungen an alternde Belegschaften gerecht zu werden, setzt Grüne Politik auf eine neue Kultur der Altersarbeit, die es allen Menschen ermöglicht, länger im Alter erwerbsfähig zu sein.

Grüne Politik

- **Gezielte Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen**, mit dem Ziel, ihre Weiterbildungsaktivitäten zu erhöhen und sie beim Aufbau von alterns- und altersgerechter Arbeitsbedingungen zu unterstützen.
- Mit einem neuen **Erwachsenenbildungsförderungsgesetz** Fort- und Weiterbildung auch für diejenigen fördern, die aus ihrem aktuellen Beruf heraus in eine Zukunftsbranche wechseln wollen. Der Rechtsanspruch auf eine Förderung wird nicht an starre Altersgrenzen gebunden.
- Förderung von Modellen für **Arbeitszeitkonten** und flexibleres Ausscheiden aus Altersgründen.

Die Fachkräfte der Zukunft jetzt ausbilden

Eine moderne und effiziente Industriegesellschaft braucht viele hochqualifizierte Fachkräfte - erst recht dann, wenn ihre Gesamtbevölkerung zahlenmäßig schrumpft. Unser Bildungssystem produziert aber zu viele Bildungsverlierer und SchulabrecherInnen, hat eine zu geringe AkademikerInnenquote und überlässt die Bildungschancen in unverantwortlicher Weise der sozialen Herkunft. Unternehmen werden deshalb immer mehr um Schul- und HochschulabsolventInnen konkurrieren. Wir wollen das ändern und das Bildungs- und Hochschulsystem demografiefest machen.

Grüne Politik

- **Flächendeckender Ausbau von Ganztagschulen**, an denen Kinder ihren Begabungen entsprechend individuell gefördert werden.
- **Weiterentwicklung der erfolgreichen dualen Ausbildung durch unser Konzept Dual Plus**: Die von uns vorgeschlagene Modernisierung des dualen Systems sorgt dafür, dass der Übergang von der Schule in die betriebliche Ausbildung besser gelingt und mehr junge Menschen in ihrer Ausbildung gleichzeitig die Berechtigung für ein Studium erreichen.
- **Umsetzung des grünen Pakts für Hochschulen**, mit dem bis 2015 mindestens 400.000 zusätzliche Studienplätze sowie eine bessere Qualität in Lehre und Studium geschaffen werden können.

Zuwanderung erleichtern

Wir wollen, dass Deutschland ein attraktiver Standort für kreative Köpfe aus aller Welt wird. Dafür muss die Einwanderung von qualifizierten Fachkräften und Selbstständigen nach Deutschland erleichtert werden. Zwar wird dies die demografische Entwicklung nicht ausgleichen, aber wir können die Folgen für den Arbeitsmarkt mildern.

Die Bundesregierung will nicht erkennen, dass hochqualifizierte Arbeitskräfte in einer dynamischen Wirtschaft nicht nur Arbeitsplätze annehmen, sondern mit ihren Fähigkeiten und ihrer Kreativität auch Jobs schaffen. Die klugen Köpfe stehen jedoch nicht Schlange. Sie machen ihre Entscheidung auch von den sozialen Rahmenbedingungen, Perspektiven ihrer PartnerInnen und Bildungschancen ihrer Kinder abhängig.

Grüne Politik

- **Einführung eines Punktesystems**, um Einwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt zu ermöglichen.
- **Zuwanderung Hochqualifizierter erleichtern**: mit einem Punktesystem und der Absenkung der Mindestverdienstgrenze von 66.000 auf 40.000 Euro im Jahr.
- **Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Aufenthaltserlaubnis** zur Suche eines angemessenen Arbeitsplatzes für ausländische Absolventinnen und Absolventen deutscher Hochschulen auf zwei Jahre.
- **Abbau von bürokratischen Barrieren** für die Teilhabe von Zuwanderern an der deutschen Gesellschaft (Willkommenskultur)